

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 28. Februar 1923 bei tagl. zweimägl. Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Polbezugspreis für Monat Februar 3 Goldmark. Einzelnummer 15 Goldmark.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet, die einseitige 30 mal breite Zeile 10 Pfg. für auswärts 15 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Anschlag 20 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 50 mal breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergrenze 10 Pfg. Ausw. Zusätze gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38-40.

Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Vollständig - Kont. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) — Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)

in höchster Vollendung, sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüstlicher Solidität

Der Kampf um die Folgen des Kontrollberichts

Maßgebende englische Pressestimmen für, Frankreich gegen Verhandlungen mit Deutschland. Die Veröffentlichung des Kontrollberichts auf unbestimmte Zeit verschoben. — Graf Kanitz über die Forderungen der Landwirtschaft.

Der englische Botschafter bei Serriot.

Die Pariser Presse gegen Verhandlungen mit Deutschland. Paris, 22. Febr. Ministerpräsident Serriot empfing gestern nachmittags den englischen Botschafter Lord Cromer. Cromer glaubt zu wissen, daß der Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten nicht die Veröffentlichung der Nachrichten überbracht habe, daß Staatssekretär Combartheil schon endgültig beschlossen habe, am 7. oder 8. März in Paris mit Serriot über den Bericht der militärischen Kontrollkommission zu verhandeln. Der Botschafter habe aber über das Kölner Problem gesprochen.

In Paris sei man der Ansicht, daß man in dieser Frage nur nach dem Buchstaben des Vertrages von Versailles verfahren dürfe, und daß kein Kompromiß in Frage kommen könne, in daß nicht einmal eine Diskussion über das Verfahren stattfinden solle. Da, wie man glaube, Deutschland die Entlassungsklauseln nicht erfüllt habe, müsse man es eben an seine Verpflichtungen erinnern.

Aber die Engländer beurteilen die Dinge anders und schließlich wäre es ja sie, die Köln besetzt hielten. Sie wünschten nicht nur eine alliierte Konferenz, damit die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Kontrollkommission gezogen würden, sondern auch die Einzigartigkeit der Deutschen an dieser Konferenz. Wenn das Veriaffter Militärkomitee und später die Botschafterkonferenz sich über die gemeinsamen Auffassungen der Alliierten verständigen könnten, dann würde die französische Regierung sich direkt mit den Verhandlungen beschäftigen. Serriot nehme also diesen Grundstand an. Aber ist die Zulassung der Deutschen in solchen Verhandlungen zu empfehlen? Sei dies nicht gefährlich? Gewiß, man könne sich auf das Beispiel der Londoner Konferenz berufen, aber hier habe es sich um etwas gehandelt, was außerhalb des Friedensvertrages stünde und was das Deutsche Reich habe notwendigerweise erfüllen müssen. In der Räumungsfrage aber handele es sich um die einfache Erfüllung eines Vertrages, den Deutschland nie unterzeichnet habe. Serriot werde entscheiden, wenn er reichlich nachgedacht habe. Die französische Regierung habe ein Recht auf Zeit zum Überlegen um so mehr, als eine heftige Prüfung notwendig sei und die militärischen Sachverständigen sich bereits an der Arbeit befänden.

Schließlich würden die alliierten Ministerpräsidenten nicht vor Mitte März in der Lage sein, zusammenzukommen.

Auch der „Petit Parisien“ lehnt Verhandlungen mit den Deutschen ab und erklärt, die englischen Blätter, die die deutschen Forderungen unterstützen, schienen weder die Gefahr noch die Unzulässigkeit dieser Forderungen zu sehen. Selbst wenn die deutsche Regierung nur über das allgemeine Problem der Sicherheit zu werden wüßte, könne ihr Eingreifen nicht angezweifelt werden. Deutschland wolle über die Verhältnisse diskutieren und über die Bedingungen und den Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone. Es wolle aus den Meinungsverschiedenheiten, die sich unter den Alliierten über Einzelfragen herausbilden könnten, Nutzen ziehen und die Räumungsbedingungen und die Räumungsfrist auf ein Minimum herabdrücken. Es wäre unbegreiflich, wenn man zu einem derartigen Mandat der Hand hätte. Frankreich, England und Belgien Sache sei es, zu erklären, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Ueber eine Weid-

frage könne man diskutieren, aber nicht über die Frage der Sicherheit.

Der „Peuple“ dagegen tritt für die Beteiligung deutscher Minister an der interalliierten Konferenz ein. Er fragt: Muß man Reichskanzler Dr. Luther ausschließen? Würde allein schon seine Gegenwart die Alliierten einschüchtern? Wahrscheinlich, das ist eine letzte Sorge.

Im Geiste und nach dem Buchstaben von Versailles!

Paris, 22. Febr. „Temps“ unterschreibt in seinem Leitartikel die Bedeutung der Verhandlungen, die zwischen der englischen und der französischen Regierung geführt werden. Das Blatt schreibt: Die Entscheidung, die getroffen werden muß, um die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Kontrollkommission zu ziehen, bildet eine entscheidende Probe für die moralische und politische Solidität der befreundeten Mächte, angesichts eines Deutschlands, das beharrlich bei seinem Revanche- und Rachtraum verharret. Es handele sich darum, zu handeln und sich von dem Geist und dem Buchstaben des Friedensvertrages leiten zu lassen. Gewisse Nachrichten und Kommentare der englischen Presse seien aber geeignet, nach dieser Richtung einige Beunruhigung aufkommen zu lassen. Die augenblicklichen diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris, London und Brüssel können sich nur auf die Prozedur, die man einschlagen wolle, beziehen, und es sei klar, daß die endgültige Entscheidung erst nach der Klärung der Lage getroffen werden könne, was in der ersten Hälfte des Monats März geschehen werde. Was aber die Absicht betreffe, die Deutschen zur Diskussion über die Bestimmungen der Kontrollkommission zuzulassen, um ihnen zu gestatten, in irgendeiner Weise bei der Abklärung über die Entscheidung der Räumung der Kölner Zone mitzuwirken, so könne dies unter keinen Umständen zugelassen werden, denn sonst müßte man allen Kompromissen den Weg öffnen und auf die Forderung verzichten, daß Deutschland abträte. (W. T. V.)

Die englische Presse für Verhandlungen.

London, 22. Februar. Im Vorbergrunde der heutigen Presseörterungen steht die Frage der Behandlung des Kontrollberichts. Die Blätter veröffentlichen Pariser Meldungen, wonach Frankreich energischer Widerpruch dagegen erhebt, daß Deutschland an einer Sitzung in der Besprechung über die Räumung Kölns teilnehme. „Observer“ schreibt: Es sei anzunehmen, daß die britische Regierung, die behauptet sei, die Kölner Besetzung zu beenden, das Verfahren der Verhandlungen einem starken diplomatischen Vorgehen durch Noten- und Konsultationen vorziehe. Eine Konferenz dieser Art kann auch dazu dienen, die Erörterung der größeren davon getrennten Frage der Sicherheit in ein klareres Licht zu setzen. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt:

Die Frage der Veröffentlichung des Berichtes sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden. „Sunday Express“ zufolge lehnt die britische Regierung Konferenzen zurecht mit Frankreich, dann mit anderen Mächten als eine dringende Notwendigkeit an. Deutschland wünscht auf einer Konferenz der Kontrollkommission unternehmen bezüglich des Berichtes der Kontrollkommission unternehmen zu werden. Das Blatt will wissen, es werde am Mittwoch eine Kabinetsentscheidung stattfinden, um diese Frage zu entscheiden. (W. T. V.)

Winkler deutschnationaler Parteichef.

Der deutschnationale Vertretertag, der im Landtagssaal in Berlin stattfand, wählte einstimmig den Abg. Dr. Winkler zum Vorsitzenden der Partei. Vorher fanden Besprechungen über die politische Lage statt, bei denen u. a. Abg. Behr über den von ihm eingebrachten Aufwertungsgesetzentwurf referierte.

Der rumänische Geisteszustand in amerikanischem Licht.

Der Dawes-Plan die einzige deutsche Zahlungsmöglichkeit. Newyork, 22. Februar. In einem Leitartikel der „New York Times“ heißt es in den Schlussfolgerungen: Es wird in unserem Lande besonders schwer zu verstehen sein, daß Rumänien die Rolle eines bevorzugten Gläubigers spielen will. Wir sind gerade erst abgereinigt, unsere eigenen Ansprüche gegen Deutschland zusammenzufassen, obgleich wir rechtlich nicht in so enger Verbindung mit den alliierten Mächten stehen wie Rumänien. Rumänien ist eine Signaturmacht des Versailles-Vertrages und bleibt politisch an seine Arroganz gebunden. Es muß ein eigenartiger Geisteszustand in Bukarest sein, der die Politik gegenüber Deutschland auslöst. Ueberall sonst ist nach fünfjährigem, schmerzlichen Experiment anerkannt worden, daß die einzige Hoffnung, auch nur eine Teilzahlung von Seiten Deutschlands sicherzustellen, der Dawes-Abkommen ist. Jeder Gläubiger Deutschlands, der daran acht, dieses Abkommen zum Scheitern zu bringen, schädigt nur sich selbst. (W. T. V.)

Graf Kanitz über Auslandskredite für die Landwirtschaft.

Die Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Berlin, 21. Febr. Mit der 98. Hauptversammlung fand die diesjährige Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ihren Abschluß. Den Vorsitz führte der Vizepräsident für den Gau II der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Graf Neubera, der die Versammlung und insbesondere den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz herzlich willkommen hieß. Dann überbrachte

Graf Kanitz die Grüße der Reichsregierung. Die Reichsregierung, und ganz besonders auch er, der Minister, sei sich des Wertes und der aufopfernden tüchtigen Arbeit wohl bewußt, die die D. L. G. zum Nutzen des Vaterlandes leiste. Der Minister wies dann auf die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft hin, die einen trübseligen Charakter angenommen habe und die vor allem im Steuerdruck, im Preisdruck der Produktionsmittel und in der Minderernte des vorigen Jahres zum Ausdruck komme. Es sei ferner, zu sagen, daß der Landwirtschaft nur durch Kredit geholfen werden könne. Kredite könnten niemals die Produktionsbedingungen verbessern. Es sei Zeit, daß die Parlamente endlich an die Erledigung der Sache herangehen, die der Landwirtschaft wieder den nötigen Spielraum geben sollen. (Bravo!) Für die allernächste Zeit könne allerdings nur durch Kredite geholfen werden. Mit Rücksicht auf die Erschöpfung der Währungskredite und der Ausauf der Schöpfung des inneren Geldmarktes entliche die ernsthafte Frage, das Ausland, wie an der deutschen Industrie, so auch an der deutschen Landwirtschaft zu interessieren. Relativ anhaltende Vorverhandlungen seien im Gange, die aber ununterbrechbar seien, einmal von der Lösung des Aufwertungsproblems, das nicht übertrieben werden dürfe, und dann von der Schaffung der Rentenbank-Kreditanstalt. Die bestehenden Kredit-Anstalten sollten dabei keineswegs in ihrer Selbständigkeit eingeschränkt werden. Aber die Anstalt könne die Zentrale bilden, an die das Ausland eventuelle Kredite sende könne. Große Sorge mache immer noch die Höhe der Zinsätze. Schritte zur Ermäßigung derselben seien unternommen, es müsse aber noch viel auf diesem Gebiete geschehen. Die neuen Steuererlässe bringen für die Landwirtschaft doch eine ganze Reihe von Verbesserungen, einmal die volle Wiedereinführung des Rechtsmittelverfahrens, dann die Wiedereinführung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahres als Steuerjahr, dann den Befehl des Einkommensteuertarifs vom 15. August, endlich die einheitliche Bewertung für Reich, Länder und Gemeinden in dem Reichsbewertungsgesetz. (Bravo!) vor allem die grundsätzliche Anerkennung der Buchführung (erneutes Bravo!).

Sehr wichtig seien die schwebenden und kommenden Handelsvertragsverhandlungen. Die baldige Erledigung der Zollfragen sei für die Landwirtschaft eine unerläßliche Forderung, zum mindesten aber die partielle Behandlung von Industrie und Landwirtschaft.

Am Schlusse wies der Minister noch einmal auf die hohe Bedeutung der D. L. G. für die Landwirtschaft hin, die leider nur ein kleiner Teil des Volkes voll an Schätzen wisse. Wenn die D. L. G. nicht wäre, wäre die deutsche Landwirtschaft schon ganz zum Erliegen gekommen. Gerade das Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Praxis in der D. L. G. habe glänzende Beispiele gezeigt, vor allem wegen der völlig unpolitischer Charakter der D. L. G. Er hoffe, daß die D. L. G. auch in Zukunft die wirklich produktionsfördernde, treibende Kraft der deutschen Landwirtschaft bleiben würde. (Stürmischer Beifall.)

Die Unterdrückung der Sudendeutschen.

Der Sudendeutschen-Vortrag in Berlin. Berlin, 22. Febr. Im Charlottenburger Opernhause veranstaltete der Hochschulring deutscher Studenten eine Kundgebung zum Sudendeutschen-Vortrag. Der Abgeordnete Dr. Lehner aus Reichenberg i. Böhmen schilderte in seiner Rede die tschechische Gewaltpolitik gegenüber den Deutschen. Deutsche Denkmäler werden zerstört, deutsche Theater, Schulen und Lehrerbildungsanstalten werden geschlossen, deutsche Beamte ohne Rücksicht auf die Strafe geworfen. 50 Prozent des Bodens werden unter dem Vorwand einer Bodenreform enteignet und Tschechen gegeben. Ein ähnliches Schicksal wie den Schulen droht auch den deutschen Hochschulen, aber die 3/4 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei würden sich das Recht der Selbstbestimmung nicht rauben lassen. (W. T. V.)

Der Deutschen-Ueberfall in Serbien. Belgrad, 22. Februar. Kroatien Blättern zufolge sind auf die Intervention von einigen Abgeordneten der radikalen Partei hin die drei wegen des Ueberfalls auf den deutschen Abgeordneten Dr. Kraft verhafteten Personen aus der Haft entlassen worden. (W. T. V.)

Die Gemeindevahlen in Thüringen.

Weimar, 22. Febr. Ueber die Gemeindevahlen in Thüringen liegen folgende Erträge vor: Aus Weimar: Gewählt sind 18 Bürgerliche, 14 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten. Bisher gehörten dem Stadtrat an 14 Sozialisten, 17 Bürgerliche und 4 Kommunisten. Gotha: Die Kommunisten erhalten 10, die Volkischen 8, die Sozialdemokraten 2, die Demokraten 2, der Bürgerbund 17 Sitze. Die bürgerlichen Parteien haben einen Sitz gewonnen. Jena: Sozialdemokraten 10, Kommunisten 6, Demokraten 5, Bürgerbund 14 Mandate. Die Zusammenlegung des Stadtrates bleibt unverändert. (W. T. V.) Arnstadt: Bürgerliche 18, wie bisher, Sozialdemokraten 11 Sitze, bisher 10, Kommunisten 4, bisher 5. Weimar. Es wurden abgegeben für die städtische Vereinigung 5980, Sozialdemokraten 3882, Kommunisten 1157, Sparsenkasse 1778, Vereinigung für Volkswohlfahrt 1480, Arbeitervereine (Angehörige) 608, Kreisverband und Volkswohlfahrt 870, Nationalsozialisten 708 Stimmen. Eisenach: Es entfielen auf die Demokraten 1277, Unabhängige 402, Kommunisten 1875, Beamte und Angehörige der Sozialdemokraten 688, Aufwertungsliste 680 Stimmen. Die Einheitsliste erhält 19, die Pinkswarten 409, die Beamten Meinungen: Die Kommunisten erhielten 469, die Vereinigung 893, Nationalsozialisten 209, Vereinigung der Gemeinde 287, Sozialdemokraten 1092, die Deutschnationalen 981 und die Demokraten 1249 Stimmen. (W. T. V.)